Nr. 97 | Juni 2015

Oldenburger KollegInnen aktiv

PAEDOL

- für gerechte Eingruppierung

- gegen prekäre Verträge an den Hochschulen

- für konsequente Schulentwicklung

- und gegen Ausgrenzung

Für eine solidarische Gesellschaft – gegen jede Form der Ausgrenzung !

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft | Oldenburg-Stadt

Staugraben 4a | 26122 Oldenburg | Tel.: 0441 / 957 28 45 (Mi + Do 15:00 – 18:00)
www.gew-oldenburg.de

GEW

Inhalt

Seite

Editorial 3

OldenburgerInnen in der Tarifauseinandersetzung 4

mit der Bremer Rede von *Laura Pooth* (stv. GEW-Landesvorsitzende … und seit einiger Zeit auch Oldenburgerin) und mit Fotos von *Frank Meyer* und *Richard Lauenstein* 4

„Für eine solidarische Gesellschaft – gegen jede Form der Ausgrenzung“ 6

2mal Demos & Kundgebungen eines breiten Oldenburger Bündnisses 6
mit der Rede von *Bahattin Aslan* (GEW) am 21. Februar 7
und der Rede von *Heinz Bührmann* (GEW) am 21. März 8

Traumjob Wissenschaft? 11

Ein ungeschminkter Blick auf die Situation des Mittelbaus an der Carl-von-Ossietzky-Universität von *Frédéric Falkenhagen*
Dauerstellen für Daueraufgaben! (Beschluss der *Jahreshauptversammlung* am 23.2.2015) 14

Neu: vier OldenburgerInnen im GEW-Bezirksvorstand 14

Schulpolitik in Oldenburg aus Sicht des GEW-Kreisverbandes 15

Ein Bericht von *Elfie Feller*
Schulentwicklung: Inklusion im Vordergrund! 16
(Beschluss der *Jahreshauptversammlung* am 23.2.2015)

„Arbeitsbelastungen der Lehrkräfte – dem Hamsterrad entkommen?“ 17

Monika de Graaff berichtet von der Oldenburger Fachtagung am 19. Mai 2015 mit Fotos von *Paul-Willem Schläfke*

GEW am 1. Mai: „Dabei sein“ ist wichtig! Kann das aber alles sein? 19

fragt *Susanne Steffens-Frey* (GEW-Vertreterin beim DGB Oldenburg-Ostfriesland)
Die Fotos sind auch von *Susanne Steffens-Frey*

Stiftung der GEW Oldenburg-Stadt: „Bildung und Solidarität“ 21

Der *Stiftungsvorstand* legt Rechenschaft ab – und bittet um zusätzliche Spenden!
Einige Kurzberichte aus den *geförderten Projekten*

GEW-Kreisvorstand, GEW-Geschäftsstelle und Stiftungsvorstand 23

Pressemitteilung: Neun Oldenburger Schulen machen mit bei der landesweiten Arbeitszeit-Studie der GEW 24

Impressum 24

Editorial

PaedOL: war da mal was? Ja, die letzte PaedOL-Ausgabe, die Nr. 96, erschien vor mehr als zwei Jahren. Und wenn sich nicht bald mehr Leute finden, die etwas über unsere Oldenburger Bildungsthemen und Aktivitäten schreiben wollen, dann kann es noch lange dauern, bis auch eine Jubiläums-Nr. 100 erscheinen wird.

Es liegt jedenfalls nicht an den fehlenden Themen in Oldenburg, und auch nicht daran, dass es keine Aktivitäten des Oldenburger Vorstands und vieler Mitglieder gegeben hätte – auch wenn man sich da noch mehr wünschen mag.

In diesem Heft kann einiges davon berichtet werden:

Von den **Streiks um mehr Lohn, gerechtere Eingruppierung und bessere Arbeitsbedingungen** der Angestellten im lehrenden und nichtlehrenden Schulpersonal, in der sozialen Arbeit und in den Hochschulen. Ganz erfolglos war das nicht, aber die meisten Probleme warten noch auf Lösungen, wofür es neuen Druck geben muss.

Von den **Kundgebungen gegen Fremdenfeindlichkeit**, die sich nicht nur gegen Aggressionen auf Flüchtlingsheime und rechte Pegida-Rattenfängerparolen wandten, sondern die allgemein mangelnde Willkommenskultur in unserem reichen Lande thematisierten. Hier in Oldenburg waren es GEWler, die ein breites Bündnis für zwei große Demonstrationen organisiert haben. Wir dokumentieren hier die Reden unserer GEWerkschaftskollegen, die man mit Gewinn nochmal lesen kann.

Wir berichten dies in dieser PaedOL auch, um neue Kolleginnen und Kollegen zu motivieren, in Vorstand und Redaktion unseres Oldenburger Kreisverbandes mitzuarbeiten. Das macht übrigens neben Arbeit auch Spaß und verschafft manchmal Erfolgserlebnisse und Anerkennung, die man als aktiver Mensch braucht.

Deshalb sage ich auch allen, die zu diesem Heft beigetragen haben: Danke!

Hansjürgen Otto

Am 12. März streikten die Angestellten im Landesdienst für höhere Löhne und angemessenere Eingruppierung. Zur

Streik-Kundgebung in Bremen

*kamen auch viele OldenburgerInnen. Für die GEW sprach dort **Laura Pooth**, stellvertretende Landesvorsitzende (und seit einiger Zeit Oldenburgerin):*

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
während Herr Weil und Herr Börnsen gerade in der Bürgerschaft zu Bremen weilen, rufen wir auch denen mal zu, warum wir hier stehen:

- das Ende von Zwangsteilzeit
- das Ende von sachgrundlosen Befristungen
- die tarifliche Eingruppierung von Lehrkräften, um der Willkür der Länder einen Riegel vorzuschieben
- die Erhöhung der Entgelte um 5,5%, mindestens 175€
- die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten

Es kann nicht sein, dass 200.000 angestellte Lehrkräfte frei nach Gutsherrenart vom Arbeitgeber eine Entgeltgruppe niedriger eingeordnet werden als die vergleichbaren Beamten. Das ist nicht nur vordermokratisch, das ist ungerecht. Keine Gewerkschaft darf große weiße Flecken auf der Tariflandschaft hinnehmen. Da sind wir uns mit unseren Schwestergewerkschaften ver.di und GdP einig, bei denen wir uns für die Unterstützung bedanken. Wir fordern: Gute Arbeit, gleicher Lohn!
Seit 2006 gibt es eine Verhandlungszusage der Arbeitgeber. Seit einem Jahr gibt es jetzt Sondierungsgespräche. Die GEW hat sich dabei auf die Bedingungen der Arbeitgeber eingelassen, dass das Besoldungsrecht die Bezugsgröße für die Eingruppierung ist. Das ist ein schmerzlicher Kompromiss. Wir haben diese Kröte in den Mund genommen, damit wir überhaupt einen Einstieg in den Tarifvertrag bekommen. Wir schlucken sie nur, wenn endlich klar ist, dass A13 auch E13 ist, A12 auch E 12 und nicht geringer. Und wenn das nicht kommt, spucken wir die Kröte im hohen Bogen wieder aus!
Ganz andere Dinge spucken wir, wenn der Arbeitgeber sich an unserer Betriebsrente vergeht.
Viele pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Erzieherinnen und Erzieher, Therapeutinnen und Therapeuten, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen befinden sich in Zwangsteilzeit.

Laura Pooth (GEW)

Das heißt jahrzehntelanges Schuften und Einzahlen in die Rentenkassen um dann bei 550€ Rente auf das Niveau der Grundsicherung zu fallen – so als hätten sie nie gearbeitet. Kolle¬ginnen und Kollegen, wir brauchen das Ende der Zwangsteilzeit. Wir brauchen die Zusatzversorgung, sonst droht Altersarmut! Und deshalb Hände weg von unserer Betriebsrente!
Herr Bullerjahn hat unsere Forderungen allen Ernstes als realitätsfremd bezeichnet.
Da müssen wir uns doch fragen, ob er sich die Beschäftigungsbedingungen allein im Bildungsbereich schon einmal ernsthaft angesehen hat. Da werden pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Grundschulen für maximal zwei Jahre eingestellt und danach nicht weiterbeschäftigt. Und in diesen zwei Jahren werden sie mit Verträgen abgespeist, von denen sie ohnehin nicht leben können. Da wäre der Ausdruck „Tagelöhner“ noch geschönt. Stundenlöhner trifft es eher. Sie müssen mehrere Jobs gleichzeitig haben, um überhaupt von ihrer Arbeit leben zu können.
Da müssen wir uns doch fragen, wer von uns hier realitätsfremd ist: Wir – die wir tagtäglich hervorragende Arbeit für eine zukunftsfähige Bildung leisten? Oder der Arbeitgeber, der mit einem Erpressungsmanöver um die Ecke kommt!!!
Und noch etwas passt da nicht zusammen. Ich

höre immer Fachkräftemangel. Fachkräftemangel im Bereich der Erzieherinnen, der Sozialpädagogen, der Lehrkräfte und Therapeuten. Vom Fachkräftemangel reden und gleichzeitig kein Angebot auf den Tisch legen, das ist mehr als realitätsfremd, das ist eine Provokation!

Der Finanzminister, also der Arbeitgeber erzählt natürlich immer, er hat kein Geld. Da wird uns immer wieder das gleiche Argument aufgetischt: Der Staat müsse sparen, weil die Staatsschulden herunter müssten – und deshalb kommt die Schuldenbremse im Jahr 2020.

Weil nach einer Zukunft ohne Schulden gestrebt wird – in 350 Jahren -, sollen wir von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgehängt werden, bis der Staat endlich schuldenfrei ist?

Wir halten hier mal fest: es ist genug Geld da. Die Frage ist nur, wofür es ausgegeben wird: Für die Rettung der Banken. Immer noch werden große Vermögen und Erbschaften geschützt. 1% der Bevölkerung besitzt heute 30% des gesamten deutschen Privatvermögens. Diese Herrschaften werden geschont und wir sollen mit Almosen abgespeist werden!

Wenn unser Arbeitgeber glaubt, dass wir vor lauter Verantwortungsbewusstsein unseren Schülerinnen und Schülern gegenüber schon nicht streiken werden, dann hat er sich geschnitten!

Auch unsere Schülerinnen und Schüler können ruhig sehen, dass wir Flagge zeigen und unsere demokratischen Rechte wahrnehmen.

Und das machen wir heute gemeinsam: Tarifbeschäftigte und Beamten, ver.di, GdP und GEW, gemeinsam sind wir stark!

Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich, dass

Kundgebung vor dem Bremer Rathaus

ihr hier so zahlreich seid um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Nur wenn wir deutlich machen, dass wir bereit sind, für unsere legitimen Ansprüche auch zu kämpfen, haben wir eine Chance diese Ansprüche durchzusetzen.

Herr Bullerjahn, schauen Sie nach Bremen. Und seien Sie sicher: Wenn Sie sich nicht bewegen, kommen wir wieder!

Wir kämpfen

- für das Ende von Zwangsteilzeit
- für das Ende von Fristverträgen!
- Für die tarifliche Eingruppierung von Lehrkräften
- Für 5,5% Entgelterhöhung, mindestens 175€

Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

OldenburgerInnen auf dem Weg nach Bremen

„… Ein klares, starkes Zeichen für das friedliche Zusammenleben aller Menschen, gleich welcher Herkunft, Religion oder Konfession, ist jetzt notwendig. Um den Willen zu einer solidarischen Gesellschaft und gegen jedwede Ausgrenzung zum Ausgrenzung zu bringen, rufen wir auf zu einer

Ein breites Bündnis demonstriert

Demonstration und Kundgebung gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit & Flüchtlingshetze

… Wir treten ein für ein solidarisches, buntes, weltoffenes Oldenburg, in dem niemand wegen Herkunft, Hautfarbe, Kultur, Religion, politischer Meinung, Geschlechts, sexueller Orientierung, körperlicher, geistiger oder seelischer Beeinträchtigung diskriminiert wird. Wir heißen alle Menschen willkommen, die auf Grund von Verfolgung, Krieg oder vergleichbarer Notlage ihre Heimat verlassen müssen. Unsere Stadt soll alle Anstrengungen unternehmen, ausreichende Wohnungen zu finden, um Flüchtlinge dezentral unterbringen und um sie in das gesellschaftliche Leben zu integrieren. ...“ (Auszug aus dem Aufruf)

Unter dieser Zielsetzung hat sich in Oldenburg ein breites Bündnis zusammengefunden, das am 21. Februar und noch einmal am 21. März 2015 viele Menschen und Organisationen zu Kundgebungen gegen jede Form der Ausgrenzung von Flüchtlingen motiviert hat. Es darf durchaus erwähnt werden, dass am Zustandekommen dieses Bündnisses und der Kundgebungen Heinz Bührmann als Oldenburger GEW-Vorsitzender maßgeblich beteiligt war.
Hier die Liste der im Bündnis beteiligten Einrichtungen und Personen (Reihenfolge zufällig):

Yezidisches Forum e.V. – Yezidische Gemeinde Oldenburg - **DGB-Jugend** Oldenburg-Wilhelmshaven - **Freundeskreis für Sinti und Roma** Oldenburg e.V. - **Die LINKE** Oldenburg - **Bündnis90/DIE GRÜNEN** Oldenburg - **SPD** Oldenburg – **KoordinierungsstelleGegenRechts** Oldenburg – **FDP/WFO**-Ratsfraktion – **CDU**–Ratsfraktion - **DITIB** Türkisch-Islamische Gemeinde zu Oldenburg e.V. - **CDU** Kreisverband - **SJD Die Falken** Oldenburg - **Jusos** Oldenburg/Ammerland - **DKP** Grundorganisation Oldenburg - **amnesty international**, Sektion Oldenburg - **Islamischer Kulturverein** Oldenburg (Maryam Moschee) - **Deutsch-Ägyptische Gesellschaft** Oldenburg - **Ev.-Luth. Kirchenkreis** Oldenburg-Stadt, Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg - **AG 60plus** der SPD in Oldenburg - **IBIS**– nterkulturelle Arbeitsstelle e.V. - **Römisch katholische Kirche** in Oldenburg / die drei katholischen Kirchengemeinden OL - Druckerei **GEGENDRUCK** - **Akademie der Ev.-Luth. Kirche** in OL – **Ver.di** - **IG Metall** – **IGBCE** – **NGG** – **IG-BAU** – **GdP** - **DGB**-Stadtverband + Region OL-WHV - **GEW**-KV Oldenburg + Bezirk Weser-Ems - **Forum St. Peter** Oldenburg - **Christlich Essenische Kirche** Deutschland - **Evang. Freikirchliche Gemeinde** Oldenburg (Kreuzkirche) - **Jüdische Gemeinde** Oldenburg - **„Arbeitskreis Erinnerungsgang“** Oldenburg - **Piratenpartei** Oldenburg - **Selbständige Ev.Luth. Kirche** Oldenburg - **Diakonisches Werk** der ev.-luth. Kirche in Oldenburg - **LUST** e.V. / CSD Nordwest - **NA UND** e.V. - **Verein Integration** e.V. - **Freie Christengemeinde** Oldenburg e.V. - **Arbeitskreis Religionen** des Präventionsrats Oldenburg - Ar**beitsgemeinschaft christlicher Kirchen** Oldenburg - **VfB für Alle** e.V. - die Fan-und Förderabteilung **(FuFa)** des VfB Oldenburg - die **Entourage Ultras** - **Nicaragua-Verein** Oldenburg e.V. - **Humanistischer Verband** Niedersachsen - **Oldenburger Forum für Migration und Integration** - **Reinhold Robbe**, ehem. MdB und Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft - **Ulf Prange** (MdL), **Dennis Rohde**, (MdB), **Barbara Woltmann** (MdB), **Stephan Albani** (MdB), **Susanne Menge** (MdL), **Peter Meiwald** (MdB). Schirmherrschaft: Oberbürgermeister **Jürgen Krogmann**

Man sieht: das Bündnis ist breit, breiter als erwartet. Aber: vermisst man nicht trotzdem Namen und Organisationen, die zu einem großen zivilgesell-schaftlichen Bündnis gegen einen Rückfall in Barbarei und Isolation gehören müssten? Die Oldenburger Bundestagsabgeordneten haben z.B. versucht, auch die großen Oldenburger Firmen als Unterstützer zu gewinnen – es ist leider nicht gelungen.

„Wir sind Oldenburg!“

Die Rede von Bahattin Aslan am 21. Februar 2015

Bahattin Aslan (GEW)

Sehr geehrte Damen und Herren,
oder besser: liebe Freunde,
heute haben wir uns versammelt, weil **wir** für etwas ganz bestimmtes stehen: Weltoffenheit und Solidarität.
In Zukunft sollten wir jedoch keine Bewegung wie Pegida und Gerüchte um eine Ogida in Oldenburg zum Anlass nehmen, um uns zu einer solidarischen und multikulturellen Stadt zu bekennen.
Wir lassen uns nicht auf dieser primitiven Art anmachen. Deutschland ist längst **ein** Einwanderungsland. Genauso gehören zu unserer weltoffenen Stadt Oldenburg viele Menschen aus verschiedenen Kulturen und Sprachen. Obwohl **immer** nur der **einzelne** Mensch im Zentrum steht; Es ist seine Verschiedenheit aufgrund seiner Sprache, Kultur und weiteres, die unseren **ALLTAG** bereichert.
Nun komme ich vom Allgemeinen zum Persönlichen:
Wenn Sie mich fragen, ob ich ein Deutscher bin oder nicht? Dann würde ich mit Freude „Nein“ sagen.
Wenn Sie mich fragen, ob ich ein deutscher Staatsbürger bin, dann werde ich mit Freude „Ja“ sagen.
Ja sagen, weil…..
ich mich bei der Einbürgerung bei vollem Bewusstsein ohne Druck zur unseren freiheitlich, demokratischen Grundordnung bekannt habe.

Breites Bündnis bei schlechtem Wetter

Dann vor meiner Einstellung als Beamter habe ich erneut auf diese freiheitlich-demokratische Grundordnung einen Eid geleistet. Das macht mich zu einem waschechten deutschen Staatsbürger.
Ich engagiere mich ehrenamtlich sowohl als Lehrer in der Schule als auch in Freizeit. Ich spreche deutsch, so wie man es in Norden dieses Landes **halt tut**.
Ich arbeite in einer deutschen Schule und unterrichte dort Kinder und Jugendliche mit verschiedener Herkunft. Ich engagiere mich im Forum für Migration und Integration und im Ausschuss für Migration und Integration, auf die wir in Oldenburg stolz sein können. Ich leiste also meinen Beitrag dazu, dass dieses Land besser, solidarischer und gerechter wird.
Wenn Sie mich fragen, ob ich ein Deutscher bin oder nicht? Dann würde ich mit Freude „Nein“ sagen.
Nein sagen, weil ich keinen typisch deutschen Bürger kenne und es diesen nicht gibt. Beispielsweise jeden Bürger, der in Oldenburg lebt, betrachte ich als ein Oldenburger. In unsere Stadt hat längst die Inklusion Einzug gehalten: Alle gehören dazu, alle sind anders und das ist auch gut so.
Liebe Freunde, es ist daher die Pflicht eines jeden aufgeklärten Menschen, sich klar und deutlich nicht nur gegen Terror zu positionieren, sondern auch gegen schnöde Angstmache und Verblödung.
Ich gehöre zu dieser Gesellschaft, Sie gehören dazu. Das ist unser Land. Wer dieses Klima kaputt machen will, denen nehmen wir ihre **Regenschirme** weg. (Es begann langsam zu regnen)
Abschließend: Ich wünsche mir, dass Stadt Oldenburg als gepriesene Metropole des Nordwestens mal bei einem Wettbewerb für friedliches und freundliches Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen und Religionen einen Pokal gewinnt. Viele Kulturen bereichern unsere Stadt und treiben sie voran. **Denn viel gewinnt.**
Vielen herzlichen Dank für eure Aufmerksamkeit.

Vier Wochen nach der ersten, noch etwas improvisierten Demonstration und Kundgebung fand in noch breiterem Bündnis die nächste Demonstration statt. Es sprach unter anderen Heinz Bührmann, der Hauptorganisator des Bündnisses und der Kundgebung. Hier seine Rede:

Es spricht Heinz Bührmann (GEW)

„Heute ist der 21. März 2015.
Heute ist das yezidische Nevroz-Fest.
Heute ist auch: „Oldenburg räumt auf!"
- schönes Motto!

Heute ist der Internationale Tag gegen Rassismus.

(Es ist nicht der Tag gegen Migration, es nicht der Tag der Minderheiten, es ist auch nicht der Integrationstag.) Schön wäre es, wenn es diese besonderen Tage gar nicht geben müsste. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Das Problem Rassismus wird nicht von heute auf morgen gelöst, im Gegenteil: wenn wir nicht aufpassen, wächst es wieder über uns alle hinaus; **das darf NIE WIEDER geschehen!**

Rassismus ist ein Muster, das in allen Zusammenhängen vorkommt; im Kleinen, im Großen, gegenüber Einzelnen, manchmal sogar gegenüber Mehrheiten. Wir sind aufgefordert, ganz besonders aufmerksam die Erscheinungsformen von Rassismus zu erkennen, zu benennen, und zu entlarven. Das ist nicht immer leicht. Ich will dieses Phänomen aus **einigen** unterschiedlichen Winkeln betrachten: Sprache, Bildung, Kultur, Wirtschaft.

Sprache ist Macht, Sprache ist verräterisch. Die sprachliche Betrachtung der Krankheit Rassismus: Rassismus ist die Fortschreibung eines großen Irrtums, mit Folgen. Das Wort **„Rasse"** - bezogen auf Menschen - ist der Unsinn des Jahrtausends. Selbst im Grundgesetz Art. 3 (Gleichheit) findet sich dieser Ausdruck wieder. Ethnische Zugehörigkeit (Ethnie) wäre eine bessere Begrifflichkeit. Rassisten beziehen sich auf diesen biologisch begründeten Begriff und sprechen bestimmten Personengruppen mehr oder weniger Rechte ab/zu. Alle Menschen sind aber gleich. Vor dem Gesetz, und auch vor Gott, egal welcher Gott gemeint ist. Ungleichheit zeichnet Rassisten aus.

(Die meisten Rassisten sind nur neidisch, weil Andere mehr Intelligenz, mehr Geld, mehr Glück, oder vermeintlich weniger Probleme haben. Das mit weniger Problemen ist bestimmt ein Irrtum, das mit mehr Intelligenz bestimmt nicht!)

Rassismus ist weithin definiert als die Denkhaltung, die aus der Beobachtung bestimmter äußerer Merkmale ganz einfach auf das Vorliegen bestimmter Eigenschaften schließen lässt.

Das ist einfach, aber DUMM! Wie viel entgeht uns durch Vorurteile? Schauen wir einmal genauer hin, stellen wir fest, dass die Mitmenschen auch nur Menschen sind – wie wir – und nicht bedrohlich, sondern zerbrechlich, liebesfähig, liebesbedürftig, warm oder cool - wie wir!

Menschen, denen man persönlich positiv begegnet, kann man nicht HASSEN. – kleine Übung zum Mitmachen: Sehen sie die Menschen rechts und links von Ihnen einmal an, lächeln Sie sie freundlich an und geben Sie Ihnen die Hand zur freundlichen Begrüßung. Sie werden feststellen, dass das positive Energie auf beiden Seiten freisetzt!

Ein weiteres Beispiel: Das Wort **„Flüchtling"**: verharmlosend, unpersönlich, fern; treffenderer wäre der Begriff „Mensch auf der Flucht/ Mensch ohne Heimat/Mensch ohne Hab und Gut" (….-linge sind niedlich, wie Schmetterlinge, Lehrlinge, Zwillinge, Abkömmlinge…) Es handelt sich um MENSCHEN, mit dem RECHT auf WÜRDE und allem, was das Grundgesetz so schön verspricht!

Mir ist ganz wichtig zu sagen: KEIN einziger Mensch verlässt ohne guten Grund den Ort, wo er die Sprache beherrscht, wo die Verwandten und Freunde sind, wo man die Regeln alle kennt. -

Für eine solidarische Gesellschaft – gegen jede Form der Ausgrenzung !

Krieg, Unterdrückung, Bedrohungen, Folter, Hunger und Armut sind solche Gründe. Jeder geflohene Mensch wäre lieber nicht hier! Ich bestehe aber darauf, dass jeder Mensch, der bei uns Zuflucht sucht, auch willkommen geheißen wird und die Würde behält / zurückgewinnt! – und sich bei uns als Mensch wohlfühlen kann! Auch jedeR von uns würde auch nur unter ganz bestimmten diese Stadt, diese Umgebung verlassen

Noch ein Beispiel zur Sprache: In fast allen Medien werden die VeranstalterInnen und AnhängerInnen der Pegida-Bewegung als **„islamkritisch"** betitelt. Das regt mich auf! Falsche Wortwahl! **Es sind Islamfeinde, Islamhasser, es sind Rassisten.** Von JournalistInnen verlange ich eine sorgfältigere Auswahl der Begriffe und Worte! Das können sie allemal. Sie müssen es nur wollen!

Rassismus ist ein Ausdruck von zu wenig Bildung! Je mehr ein Mensch gelesen hat, - **je** mehr ein Mensch gelernt hat, dass es Vielfalt braucht, - **je** mehr ein Mensch (humanistisch) gebildet ist, - **je** mehr ein Mensch versteht, dass Kommunikation etwas sehr wichtiges ist, - **desto** geringer ist die Gefahr, dass sich Populisten seines Hirns ermächtigen!

Es gibt viele unterschiedliche Formen der Intelligenz: emotionale, kommunikative, logische, soziale,…..aber keine rassistische !!!

Den eigenen Kopf – und das Herz - zu benutzen kann sogar richtig Spaß machen!

Hat man einmal schlechte Erfahrungen mit einer Gruppe gemacht – wie leicht wird dann schon verallgemeinert und das **VOR-Urteil** steht fest. Das gilt für alle Kfz-Kennzeichen, für Lebensstile, für Kleidungsstile, für unterschiedliche Tönung der Haut oder für Religionen und Kulturen. Rassismus hat viele Formen: Frauenfeindlichkeit, Antisemitismus, Homophobie, Anti-Islamismus, Sexismus, Ausländerfeindlichkeit (Xenophobie) … die Liste ist noch länger. Interessant ist: Phobien sind Ängste! Rassisten sind folglich „Angsthasen" (ist das hasenfeindlich?). Merkwürdig nur: die meisten öffentlich auftretenden Hetzer sind **männlich. Aber Angst haben und Mann sein geht nicht zusammen!** Hass und Neid sind die Reaktionen.

Diese - materiell und bezogen auf Bildung und Kultur - Benachteiligten reden dann von Sachen, von denen sie NICHTS verstehen! Patriotismus, Abendland, Europa, Stolz, Islam. Alle diese Begriffe werden eindeutig verdreht oder missbraucht, um Ängste zu schüren und zu „polarisieren". NIEMAND wird in Europa von Muslimen zum Konvertieren gezwungen, NIEMAND muss Weihnachten in einer Moschee feiern, NIEMAND wird gegen seine Überzeugung eine andere Religion annehmen. Der Islam ist genauso böse oder gut wie jede andere Religion. Es sind Menschen, die das Konzept missbrauchen, und es sind Menschen, die darauf hereinfallen können, und es sind Menschen, die den Hasspredigern zum Opfer fallen!

Wenn diese „kultivierten" Abendland-Patrioten tatsächlich die Macht hätten, es wäre eine Frage der Zeit, bis die Menschenrechte vollständig aus der Verfassung verschwänden! **Das hatten wir schon einmal, das darf NIE WIEDER GESCHEHEN!**

HABEN oder SEIN? Diese (philosophische) Ebene ist sehr selbstkritisch. Stehen wir doch alle heute hier auf dem Platz, um uns gegen Menschenverachtung zu äußern. Und die Gedanken sind schon beim Einkaufen, beim „shopping". Wir fallen alle auf Werbung, Mode, Besitz-Zwang, Gruppendruck und andere Formen des Materialismus herein! Das Mitlaufen im Zeitgeist des Konsums und des Wegwerfens macht Stress, macht taub, macht

kalt. Und wie schnell ist er da, der Gedanke, was die Anderen so tragen, wie sie aussehen, wie sie sprechen, wie wenig sie sich leisten!
Verzichten, Teilen, Mitteilen sind wichtiger als Haben, als Besitz! Und die **Verlustängste** der besitzenden Menschen werden geschürt von Hasspredigern. Fallen wir bitte nicht auf diesen Schwachsinn herein! Niemand nimmt Euch etwas weg!
Hier noch einige Begriffsklärungen:
Teilhabe ist ein schöner Begriff. Es geht darum, ein würdiges Leben führen zu können und nicht aus kulturellen, sozialen oder anderen Bereichen der Gesellschaft ausgeschlossen zu werden. Im alltäglichen Sprachgebrauch wird daraus schnell: „mir wird etwas weggenommen, ich muss mit Fremden teilen - ich habe selbst kaum etwas - was wollen die alle hier?" Mit dieser Polemik wird aus einem erstrebenswerten Ziel, „SOZIALE TEILHABE", ein materieller Angstfaktor.
Soziale Gerechtigkeit wird oft missverstanden: Es geht nicht darum, Wohlhabende zu Armen zu machen, sondern darum, dass möglichst ALLE MENSCHEN die gleichen Möglichkeiten haben, die eigenen Rechte durchzusetzen und sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen! In politischen Reden – aus vielen Parteien – ist immer wieder das Wort Leistungsträger zu hören. (männl. Form)!! Das bedeutet unterschwellig, dass Menschen, die nichts oder nur wenig „leisten", weniger Rechte haben und diejenigen, die – egal aus welchem Grund – an Erwerbstätigkeit nicht teilnehmen dürfen, als FAUL, überflüssig, oder minderwertig bezeichnet werden. Diese Denkhaltung findet man sogar in gut gemeinten Beiträgen wieder, wenn es um die Nützlichkeit der „MigrantInnen" für die Volkswirtschaft geht. **Was ist der Mensch eigentlich WERT?**
Solidarität: Häufig denken Menschen bei diesem Wort zuerst an Geld. Nicht an humanitäre Hilfe, nicht an Freundlichkeit, Aufmerksamkeit, Kommunikation, Miteinander! Wenn Menschen aus Krisengebieten fliehen, um sich und ihre Familien zu schützen, tun sie das NIEMALS aus Spaß. Wenn Kriegsopfer hier in Deutschland oder irgendwo in Europa „ihr nacktes Leben" retten wollen, ist das kein Grund, ihnen mit NEID oder HASS entgegenzutreten! - Und wenn Menschen aus Gebieten auf diesem Globus fliehen, weil es in ihrer Heimat weder Arbeit noch Sicherheit noch ETWAS ZU ESSEN gibt, dann sind das KEINE WIRTSCHAFTS-Flüchtlinge, sondern Menschen mit dem Recht auf Überleben! Die Unterscheidung zwischen unsicheren und sicheren Herkunftsländern, zwischen Hunger- und Kriegs-Opfern ist am „grünen Tisch" entstanden, weil das Boot angeblich voll ist.
Das Boot ist nicht voll - voll ist das Mittelmeer - mit Leichen! Menschen, die alles hinter sich gelassen haben, um in Würde leben zu können, um dann – wenn sie Glück haben - in der „Festung Europa" schlecht behandelt zu werden. - Das Boot ist voll im Libanon, wo von ca. 4 Mio Einwohnern plötzlich über eine Mio Menschen aus Syrien aufgenommen werden. **Das ist voll!** Wenn wir diese Quote auf Deutschland ziehen, dann kämen über 20 Millionen Hilfsbedürftige auf uns zu, das wäre nicht zu schultern. Wir reden aber über deutlich weniger als eine Million „Geflohene", wir sind um unteren Prozentbereich! Es ist mehr als peinlich, solche populistischen Phrasen immer wieder zu hören! Deutschland gehört zu den reichsten Ländern auf der Erde, wir bezeichnen uns als Kulturnation, - dann **leben** wir das doch auch bitte!
Dieser – auch sprachlich erkennbare - Werteverfall ist ein Teil des Problems: **WIR** müssen diese Werte **Teilhabe, Gerechtigkeit, Solidarität**, vor allem aber **Würde** wieder neu mit der eigentlichen Bedeutung ausstatten! Das bedeutet, immer achtsam zu sein, wenn die Sprache missbraucht wird. Im zweiten Schritt – oder gleichzeitig – werden Menschen entwertet!
Vielen Dank!!!"

Der Aufruf.

GEW

Traumjob Wissenschaft?

Ein ungeschminkter Blick auf die Situation des Mittelbaus an der Carl-von-Ossietzky-Universität

Wie geht es eigentlich den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Oldenburg? Außerhalb des Studiums hat man wenig Kontakt mit dem Wissenschaftsbetrieb und selbst während des Studiums sind die eigenen Noten und Abschlüsse wichtiger als die Arbeitsbedingungen der Lehrenden. Da man (fast) nichts hört, müssen die Bedingungen ja grundsätzlich in Ordnung sein, oder? Leider ist das Gegenteil der Fall. Die Situation des wissenschaftlichen Mittelbaus (derjenigen, die keine Professur innehaben) ist mittlerweile so verfahren, dass an zu vielen Stellen dringender Handlungsbedarf besteht, als dass einzelne Maßnahmen abschließende Lösungen bringen könnten. Um die Situation etwas besser zu verstehen, müssen wir uns zunächst einige Rahmenbedingungen vergegenwärtigen, bevor wir aktuelle Situation beschreiben und erste grundsätzliche Forderungen formulieren können.

Grundlagen für die Prekarisierung des Mittelbaus

Die Grundlage für die problematische Situation des wissenschaftlichen Mittelbaus an deutschen Universitäten im Allgemeinen und der Carl-von-Ossietzky-Universität im Besonderen bilden einerseits das Wissenschaftszeitvertragsgesetz und andererseits die Ausgestaltung der Hochschulfinanzierung.

Das *Wissenschaftszeitvertragsgesetz* regelt grundsätzlich die Bedingungen, nach denen an deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen wissenschaftlicher Nachwuchs befristet beschäftigt werden kann. Der Begriff „Nachwuchs" ist hierbei allerdings sehr dehnbar und beinhaltet alle wissenschaftlich Beschäftigten unterhalb der Professur, also auch Personen über 40, die in anderen Branchen bereits mit den Adjektiven „gesetzt" oder „alt" bezeichnet würden. Grundsätzlich dürfen die Arbeitsverträge ohne Sachgrund in beliebiger Stückelung und Anzahl befristet werden, jedoch nur für eine Gesamtdauer von zunächst sechs Jahren vor der Promotion und weiteren sechs Jahren nach der Promotion. Ungenutzte Zeiten der ersten Phase können zumeist in die zweite Phase übernommen werden, weshalb sich der Begriff der „Zwölfjahresregel" etabliert hat. Auf die sechs (bzw. zwölf) Jahre werden allerdings auch Zeiten als Promotionsstipendiat/in (obwohl weder ein Arbeitsvertrag bestanden hat, noch Beiträge zur Sozialversicherung abgeführt wurden und somit keine Ansprüche bestehen) und als wissenschaftliche Hilfskraft auch während des Studiums (sofern mit einem Stundenvolumen von mindestens einer Viertelstelle gearbeitet wurde) angerechnet. In diesem Zeitraum ermöglicht das Wissenschaftszeitvertragsgesetz de facto die Aushebelung des Arbeitsrechts zur Kettenbefristung, da ein einfacher Verweis auf den wissenschaftlichen Nachwuchs jegliche Begründung der Befristung überflüssig macht. Nach Ablauf der zwölf Jahre ist eine befristete Weiterbeschäftigung mit Sachgrund (z.B. Drittmittelfinanzierung) oder als Beamter (z.B. akademischer Rat auf Zeit) weiterhin möglich, ebenso eine unbefristete Beschäftigung. Da jedoch die de facto sachgrundlose Befristung für den Arbeitgeber und den Dienstvorgesetzten Vorteile bietet, wird sie bevorzugt angewandt. Die einzige Möglichkeit, dem Geltungsbereich des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes dauerhaft zu entgehen, ohne die Wissenschaft zu verlassen, ist das Erreichen einer Professur. Dies ist innerhalb der zwölf Jahre theoretisch zwar möglich, stellt aber eher die Ausnahme dar und war in vorherigen Professorengenerationen, deren Berufswege nicht durch das Wissenschaftszeitvertragsgesetz prekarisiert wurden, fast einzigartig.

Die *Hochschulfinanzierung* wird von zwei Faktoren bestimmt, die beide zu einer stärkeren Prekarisierung des wissenschaftlichen Mittelbaus führen: einerseits dem „Kooperationsverbot" und andererseits dem Wunsch nach erhöhter politischer Steuerung bei gleichzeitig sinkendem Finanzaufwand. Das Kooperationsverbot im Grundgesetz untersagt es dem Bund, dauerhaft Universitäten wie die Carl-von-Ossietzky-Universität zu finanzieren, jedoch sind zeitlich begrenzte und indirekte Finanzierungen erlaubt. In diesem Kontext werden z.B. über die Projektfinanzierungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (die einen Großteil ihrer Finanzmittel vom Bund erhält) oder die Exzellenzinitiative zeitlich begrenzt Mittel an Universitäten

und einzelne Wissenschaftler/innen und Gruppen für Projekte vergeben. Diese Projektmittel sind zwar in ihrer Gesamthöhe relativ konstant, jedoch in ihrer Verteilung großen Schwankungen unterworfen. Aus diesem Grund werden für solche Projekte abgeschlossene Arbeitsverträge grundsätzlich mit dem Sachgrund der Drittmittelfinanzierung befristet, obwohl es sich de facto um öffentliche Finanzierung handelt.
Der Wunsch nach politischer Steuerung durch die Landesregierungen führt zur Zunahme von projektgebundenen Mittelzuweisungen auf Kosten der Grundfinanzierung. Als Beispiel können die Überlastmittel zur Bewältigung des doppelten Abiturjahrgangs infolge der Umstellung von G9 auf G8 gelten, aber auch Projektausschreibungen des MWK zu bestimmten Themen (z.B. Nachhaltigkeit) oder nach bestimmten Rahmenbedingungen (z.B. regionaler Forschungsbezug für Teile des Pro-Niedersachsen Programms). Auch hier werden nur befristete Arbeitsverträge abgeschlossen.
Gleichzeitig werden in der Grundfinanzierung steigende Kosten bei gleichem Bedarf nicht (z.B. Energiekosten) oder nicht vollständig (z.B. Lohnkosten) kompensiert und somit die Grundfinanzierung abgeschmolzen. Die Kompensation erfolgt bei der flexibelsten Kostenstelle, die dank Wissenschaftszeitvertragsgesetz der prekäre wissenschaftliche Mittelbau ist. Im Zuge dieser Entwicklungen wird an der Carl-von-Ossietzky-Universität nur noch ein gutes Viertel der Mittelbaustellen aus der Grundfinanzierung des Landes bestritten, der Großteil jedoch aus echten (nichtstaatlichen) oder unechten (staatlichen oder mittelbar staatlichen) Drittmitteln.

Das wissenschaftliche Prekariat

Welche Auswirkungen haben diese Rahmenbedingungen auf die Beschäftigungsstrukturen an der Carl-von-Ossietzky-Universität?

Was ist denn das ? -
www.templiner-manifest.de

Als Erstes ist das Aussterben unbefristeter Stellen unterhalb der Professur festzustellen. Die letzten größeren Entfristungswellen fanden in den neunziger Jahren statt. Seitdem gibt es nur ganz vereinzelt Entfristungen, wenn sich dies überhaupt nicht vermeiden lässt (z.B. weil trotz Wissenschaftszeitvertragsgesetz einklagbare Entfristungstatbestände entstanden sind, oder ein Zusammenbruch der Lehre zu befürchten ist). Insgesamt jedoch steigt das Durchschnittsalter der wenigen unbefristet Angestellten und wird mangels Generationswechsel mittelfristig aus dem Alltag der Universität verschwinden. Je nach Institut sind heute weit über 90% des Mittelbaus befristet nach den Regeln des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes angestellt.
Innerhalb der Gruppe der befristet Beschäftigten bestehen jedoch auch große Unterschiede in der Prekarität. Während einige Drittmittelgeber eine Beschäftigung für die gesamte Projektlaufzeit wünschen oder vorschreiben, lassen andere den Hochschullehrern große Freiheit bei den Einstellungskonditionen. Eine Vertragslaufzeit von über einem Jahr muss gegenwärtig schon als komfortabel gelten, mehrfach verlängerte Sechs- oder Zwölfmonatsverträge sind insbesondere während der Promotion leider keine Seltenheit. Die Rechtslage ermöglicht diese krankmachende Unsicherheit für ein Jahrzehnt und länger. Die Ausnahmegesetzgebung ermöglicht entgegen den sonst üblichen Vorschriften des Tarifrechts auch bei Weiterlaufen eines Projekts die grundlose Nichtverlängerung eines befristeten Arbeitsverhältnisses und Neubesetzung derselben Stelle.
Als weiterer Prekarisierungsfaktor ist die Unabhängigkeit der bezahlten Arbeitszeit von der tatsächlich erwarteten Arbeitszeit. Gleich ob es eine 50-, 65-, 75- oder 100%-Stelle gemäß Arbeitsvertrag ist, wird erwartet, dass der Mitarbeiter/ die Mitarbeiterin mindestens vollzeitig wissenschaftlich tätig ist und auch abends und an Wochenenden erreichbar und im Arbeitszusammenhang verfügbar bleibt. Ein geflügeltes Wort ist hier: „Die 50% beziehen sich natürlich nur auf Ihr Einkommen, nicht auf Ihre Arbeit“. Ein Urlaub ohne Erreichbarkeit wird mitunter als Sabotage der Arbeitsgruppe angesehen.
Wie kann eine solche Situation ohne Aufschrei der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestehen? Ein Grund ist die hohe intrinsische Motivation derjenigen, die in die Wissenschaft gehen:

wer für die Wissenschaft und Lehre lebt, nimmt auch Einschränkungen in Kauf, um seiner Berufung zu leben. Der andere ist eine ungesunde Rollenverschmelzung in der deutschen Hochschule: Professorinnen und Professoren sind weisungsbefugte Dienstvorgesetzte und allein Personalverantwortliche in Personalunion, bei Doktorandinnen und Doktoranden kumulieren sie zusätzlich die Rolle des/der wissenschaftlichen Betreuers/Betreuerin und Projektleiters/Projektleiterin mit der des/der maßgeblichen Gutachters/Gutachterin. Die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind somit dienstlich, personell, wissenschaftlich und in der Benotung ihres Abschlusses von den Professorinnen und Professoren abhängig und dank Kettenbefristung auch anderer Sanktionierung ausgesetzt. Diese extreme Prekarisierung erstickt jegliche Form von Mobilisierung, da eventuelle Anführerinnen und Anführer sehr schnell aus dem System entfernt werden und dann zur Abschreckung dienen können. Allerdings ist die Situation mittlerweile so untragbar geworden, dass sich die Mittelbauinitiative gegründet hat, die aktiv gegen die schlimmsten Missstände mobilisiert.

Was tun?

Was sind Forderungen, die wir als GEW formulieren können? Das „Templiner Manifest“ der Bundes-GEW hat hier grundsätzliche Leitlinien gesetzt, für die Carl-von-Ossietzky-Universität ergeben sich hieraus folgende Kernforderungen:

1. *Dauerstellen für Daueraufgaben!* Stellen, deren Tätigkeiten dauerhaft zu erfüllen sind, müssen auch dauerhaft besetzt werden. Insbesondere im Bereich der Lehrkräfte für besondere Aufgaben kann generell nicht mehr von vorübergehender Tätigkeit gesprochen werden.
2. *Rückführung der unechten Drittmittel in die Grundfinanzierung!* Landesmittel (und nach Abschaffung des Kooperationsverbots auch Bundesmittel) dürfen nicht als Drittmittel behandelt werden, da sie nicht extern eingeworbene Mittel sind. Sie dienen vor allem der Unterwerfung der Universitäten unter kurzfristige politische Taktiken. Sie sorgen für erheblichen Mehraufwand auf allen Ebenen der Universität (wissenschaftlicher und Verwaltungsdienst) und verschlechtern die Arbeits- und Lehrbedingungen.
3. *Reduktion der unbezahlten Überstunden und Schutz der Arbeitszeit zur eigenen wissenschaftlichen Weiterqualifikation!* Die Promotion (oder Habilitation) ist Teil des Arbeitsvertrags und muss dementsprechend auch während der Arbeitszeit erstellt werden können.
4. *Entflechtung der verschiedenen Rollen der Professorinnen und Professoren!* Das System des Doktorvaters/ der Doktormutter mit seiner Rollenverschmelzung ist ein Anachronismus, den nur noch das deutsche Hochschulsystem kennt. Betreuung und Begutachtung müssen aus wissenschaftlichen, Betreuung und Personalverantwortung aus arbeitsrechtlichen Gründen getrennt werden. Eine solide Konstruktion, in der der Arbeitsvertrag Angelegenheit des Instituts ist, die Betreuung dem/der einzelnen Professor/Professorin und die Begutachtung externen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern obliegt, sorgt für klarere Verhältnisse und ist in Großbritannien und Frankreich seit Jahrzehnten üblich und erfolgreich.

Werden diese Punkte das System wieder vom Kopf auf die Füße stellen?

Nein, sie sind bestenfalls ein Anfang, um eine ungesunde, ja menschenverachtende Entwicklung aufzuhalten und vielleicht eine Gegenbewegung einzuleiten. Eine radikale Alternative wäre, das Konzept der absoluten Konkurrenz mit ihren eigenen Waffen zu schlagen und den Arbeitsplatz Wissenschaft konsequent mit anderen Arbeitsplätzen in Konkurrenz zu setzen. In diesem Vergleich ist (fast) jede alternative Beschäftigung besser. Wenn man uns aus kalter Berechnung unseren wissenschaftlichen Idealismus ausbeutet, dann ist die einzig logische Verhaltensweise, den Idealismus gegen die kalte Berechnung zu tauschen, um der Ausbeutung die Grundlage zu entziehen.

Mir blutet bei dieser Perspektive das Herz, aber in der aktuellen Situation bietet die Wissenschaft zu viel Risiko für zu wenig Perspektive.

Frédéric Falkenhagen

Dauerstellen für Daueraufgaben!

Der GEW-Kreisverband Oldenburg-Stadt fordert die Leitung der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg auf, alle wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die (auch) Daueraufgaben auszuüben haben, auf Dauerstellen zu beschäftigen.
Der GEW-Kreisverband Oldenburg-Stadt fordert weiterhin, die Arbeitsverträge von befristet beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an der Universität Oldenburg, die im Rahmen befristeter Arbeitsverträge (auch) zur Aus-übung von Daueraufgaben herangezogen werden, zu entfristen.

Begründung

Mit ihrer Kampagne für den „Traumjob Wissenschaft“ setzt sich die GEW für berechenbare Karrierewege und stabile Beschäftigungsbedingungen in Hochschule und Forschung ein. „Dauerstellen für Daueraufgaben“ lautet eine der Kernforderungen des 2010 von ihr vorgelegten *Templiner Manifests*.

Der Anteil befristet beschäftigter wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an bundesdeutschen Universitäten ist in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich angestiegen und liegt mittlerweile bei 90 %. Im Zuge dieser Entwicklung wurden und werden befristet beschäftigte wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zunehmend für die Erfüllung von Daueraufgaben – auch und insbesondere in der Lehre - herangezogen.
Mit ihrem im Januar 2015 vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes versucht die GEW dem ausufernden Befristungsunwesen an deutschen Hochschulen und Universitäten Einhalt zu gebieten.
Der GEW-Kreisverband Oldenburg-Stadt unterstützt die Kampagne der Bundesorganisation richtet entsprechende Forderungen an die Leitung der Universität Oldenburg.

Einstimmiger Beschluss
der Jahreshauptversammlung am 23.2.2015

Letzte Meldung!

Auf der BezirksDelegiertenKonferenz am 28. Mai 2015 wurden einige OldenburgerInnen in den neuen Bezirksvorstand (mit einer neu geschnittenen Referatsstruktur) gewählt:

Rita Vogt
als *stellvertretende Bezirksvorsitzende*
und Referat *Tarifpolitik*

Wencke Hlynsdottir
in das Referats-Team
Hochschule

Sabine Nolte
in das Referats-Team
Schulische Bildungspolitik

Rolf Heidenreich
in das Referats-Team
Hochschule

Schulpolitik in Oldenburg

aus Sicht des GEW-Kreisverbandes

von Elfie Feller (regelmäßige Besucherin des Oldenburger Schulausschusses)

Die Sitzungen des Schulausschusses der Stadt Oldenburg wurden in den letzten beiden Jahren von folgenden Themen dominiert:

- Inklusion
- Entwicklung zu Ganztagsgrundschulen
- Anwahl und Zügigkeit der Oberschulen

Und natürlich beschäftigten diese Themen auch den Kreisvorstand. So wurden stark besuchte Fachtage zum Thema „Inklusion“ (2013) und zum Thema „Inklusive Ganztagsschule“ (2014) durchgeführt.

Doch neben der positiven inhaltlichen Begleitung durch die Oldenburger GEW traten auch die Defizite bei der Umsetzung der Inklusion und der Entwicklung der Ganztagsgrundschulen deutlich zu Tage. Die steigenden Anforderungen an die Lehrkräfte und Beschäftigten in Schulen konnte und kann mit den zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen nicht bewältigt werden. Nach wie vor erhalten die Grundschulen nur den Grundbedarf von zwei Stunden Förderunterricht pro Klasse – egal, wie viele Inklusionskinder, Kinder mit Migrationshintergrund, Kinder aus eher sozial-ökonomisch schwachen Milieus und zunehmend auch Flüchtlingskinder sich in einer Klasse befinden. Speziell die Grundschulen, die noch nicht als Ganztagsschulen arbeiten können, sehen sich mit der stark steigenden Arbeitsbelastung konfrontiert.

Die GEW initiierte wegen der steigenden Anforderungen die „Beschwerdewelle Grundschule“, an der sich viele der Oldenburger Grundschulen beteiligten und ihre Probleme dem Kultusministerium darlegten. Tatsächlich reagierte das Kultusministerium auf diese „Beschwerdewelle“, indem die Dezernenten der Landesschulbehörde die beteiligten Schulen besuchten. Nicht immer wurden die Beschwerden der Schulen wirklich ernst genommen, auch in Oldenburg klagten Grundschulen über die kaum wahrnehmbare Fürsorge seitens der Landesschulbehörde. Das Einschalten der GEW-Vertretungen aus dem Bezirkspersonalrat konnte zum Teil zur Versachlichung der Rückmeldegespräche führen. An der Belastungssituation der einzelnen Schulen änderte sich leider nichts!

Es wird weiterhin intensiven Nachdrucks durch die GEW gegenüber der Landesregierung als auch gegenüber der Stadt Oldenburg bedürfen, um personelle Verbesserungen im Hinblick auf die Umsetzung der Inklusion und der Reduzierung der Arbeitsbelastung durchzusetzen. Wir werden uns immer wieder dafür einsetzen!

Das Problem der unterschiedlichen Anwahl und Zügigkeit der Oberschulen wurde sowohl mit KollegInnen der betroffenen Schulen als auch intern im Kreisvorstand erörtert und führte zu einem Antrag an die Jahreshauptversammlung im Februar 2015. (siehe Anhang)

Selbstverständlich benötigen alle Schulen für die nächsten Jahre Planungssicherheit – wie sonst könnte sich ein pädagogisches Profil entwickeln? Deshalb sollten die Oberschulen auch in Ruhe ihre gestarteten Schulprogramme umsetzen dürfen, ohne sich in Kämpfen um genügend Schulanwahlen aufreiben zu müssen.

Aus Sicht des Kreisvorstandes greift es zukünftig jedoch zu kurz, durch verschiedene Regulierungen und Unterstützungen mindestens die Dreizügigkeit der vier Oberschulen zu erwirken, ohne den gesamten Sekundar-I-Bereich in den Blick zu nehmen. Deshalb begrüßen wir die Entscheidung des Oldenburger Schulausschusses, einen Schulentwicklungsplan für den Zeitraum von zehn Jahren in Auftrag zu geben. Unserer Meinung nach muss sich der inklusive Ansatz auch verstärkt in der Schulstruktur durchsetzen. Die Aufsplittung der SchülerInnen auf drei IGSen, vier OBSen und fünf Gymnasien trägt diesem Ansatz keine Rechnung.[1] Der „Kampf“ um die „richtigen“ SchülerInnen wird bei Beibehaltung der jetzigen Schullandschaft weiter gehen, und es ist zu befürchten, dass dann die OBS eine Schulform für diejenigen wird, die es nicht auf die anderen Schulformen geschafft haben.

---

1 In dieser Auflistung fehlen die Schulen in kirchlicher und privater Trägerschaft

Wir erhoffen und fordern für die Entwicklung des Schulentwicklungsplans, alle Schulformen in den Blick zu nehmen und bei der Planung mit einfließen zu lassen, welche Notwendigkeiten sich in einzelnen Stadtteilen für ein verändertes, gemeinsames Lernen ergeben, damit die soziale Spaltung sich nicht vergrößert, sondern die Abhängigkeit der Bildung vom Sozialstatus der Eltern abgebaut werden kann.
Über eine Änderung der Schulstrukturen wird sich - langfristig gesehen – eine schwierige und emotionale Diskussion zwischen den GEW-Mitgliedern anbahnen, was die GEW auch in eine Zerreißprobe führen kann. Wir verhehlen nicht, dass das auch Ängste bei uns schürt. Doch wenn wir die Anforderungen der Inklusion erst nehmen, werden Änderungen in allen Schulen und Schulstrukturen durchgeführt werden müssen.
Es wird ein langer Atem für uns alle nötig sein, um die pädagogische Ausbildung, die Fortbildung und die Umstrukturierung im Schulbereich gesellschaftlich sinnvoll umzusetzen.

Das Thema „Schulentwicklung in Oldenburg war Thema auch der Antragsberatung in der JahresHauptVersammlung am 23. Februar im Hotel Heide. Folgenden Antrag hatte der Kreisvorstand vorbereitet:

Schulentwicklung: Inklusion im Vordergrund!

Der GEW-Kreisverband Oldenburg-Stadt fordert die Verwaltung der Stadt Oldenburg auf, bei der Festschreibung des zukünftigen Schulentwicklungsplanes Möglichkeiten der Inklusion im SEK-I-Bereich in den Vordergrund zu stellen. Dabei sollen im Vorfeld Vorschläge zur Kooperation zwischen den Schulen und Umstrukturierungen im Schulbereich entwickelt und mit den Beteiligten diskutiert werden.

Begründung:

Die Umsetzung der Inklusion, die in Oldenburg von derVerwaltung und der Politik ausdrücklich gefordert und unterstützend begleitet wird, kann im gegliederten Schulsystem kaum gelingen, da hier nach Leistungsstand, Lernentwicklung und sozialer Herkunft unterschieden wird. Ebenfalls benachteiligt werden Jugendliche mit einem Migrationshintergrund, denn Sprachschwierigkeiten verhindern häufig den Zugang zum Gymnasium und damit den höheren Bildungsabschluss.
Das derzeitige Schulangebot in Oldenburg (OBS, IGS, Gymnasium) suggeriert, dass für alle ein individueller und förderlicher Bildungsweg offen steht. Dem aber kann nur die IGS in Ansätzen entsprechen; sowohl das Gymnasium als auch die OBS nehmen SchülerInnen aus bestimmten Sozial- und Leistungsgruppen auf, repräsentieren somit nicht den Querschnitt der Gesellschaft. Dieser repräsentative Querschnitt der Gesellschaft könnte jedoch den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und die gegenseitige Akzeptanz fördern, was ein ausdrückliches Ziel der Inklusion ist.

Aus den genannten Gründen muss die Entwicklung im SEK-I-Bereich dahin gehen, die gemeinsame Schule für alle – unter Einbeziehung des Gymnasiums und der OBS – zu gestalten. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wäre es z. B. nicht förderlich, eine weitere IGS einzurichten, eventuell auch eine OBS zu opfern, das Gymnasium jedoch als unabänderliche Bildungseinrichtung zu akzeptieren.

Besonders in Stadtteilen mit einem hohen Migrationsanteil müsste vorrangig eine Schule für alle mit allen Abschlussmöglichkeiten und individuellen Bildungsgängen vorangebracht werden.
(einstimmig beschlossen)

Arbeitsbelastungen der Lehrkräfte - dem Hamsterrad entkommen?

Der Kreisverband Oldenburg veranstaltete am 19. Mai zu diesem brisanten Dauerbrenner-Thema eine Fachtagung mit zwei hochkarätigen Referenten

von Monika de Graaff (die auch die Tagung organisiert hat: Danke dafür!)

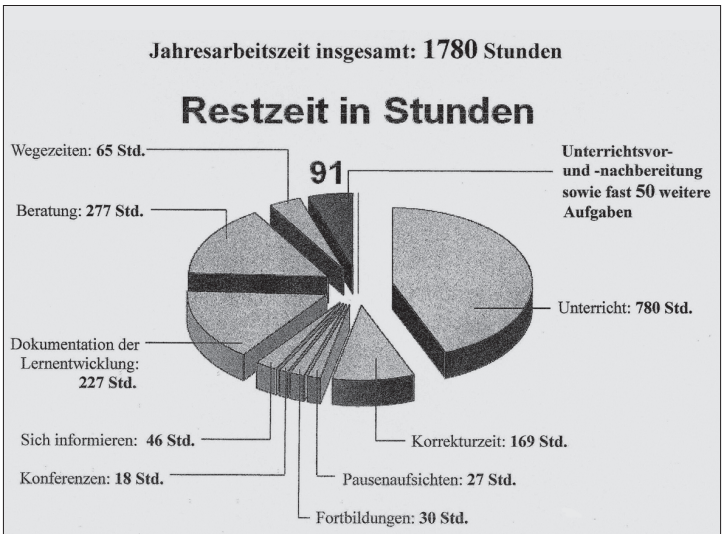
Dr. Joachim Larisch, tätig am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen, beleuchtete die Belastung von schulischen Lehrkräften im Berufsverlauf hauptsächlich unter den Gesichtspunkten der Arbeitssicherheit. Die Belastung müsse so gestaltet sein, dass man den Beruf bis zur Pensionsgrenze ausüben kann. Sei das nicht der Fall, so müsse etwas verändert werden. Dauerleistungsgrenzen, gerade bei einem hohen Anteil von Gefühlsarbeit, dürften nicht überschritten werden.
Eine Quote von ca. 40% in Teilzeit arbeitender Lehrkräfte in Niedersachsen deutet Larisch als Indiz dafür, dass die Arbeit im Vollzeit-Job für viele nicht zu schaffen ist - auch unter Berücksichtigung des hohen Frauenanteils, die auch in anderen Berufen oft Teilzeitarbeitsplätze wünschen. An den allgemeinbildenden Schulen allgemein ist ihr Anteil über 70 %, an Grundschulen über 90 %.
Ein zentrales Problem sieht Larisch in der Offenheit bzw. Grenzenlosigkeit der Aufgabenstellungen. Es gibt keine Typisierung der Aufgaben und Belastungen, von der KMK wird ein Arbeitssystem nicht erkennbar beschrieben.
Ein verpflichtender Arbeitsschutz ist seit 1989 sogar in EU-Regelungen verankert, seit 1996 gilt er auch für den öffentlichen Dienst und 2013 wurden die psychischen Belastungen in das Arbeitsschutzgesetz aufgenommen. Alle verfügbaren Parameter zeigen, dass Lehrkräfte psychomentalen Anforderungen wie Fluglotsen ausgesetzt sind .[1]
Larisch bedauerte, dass es keine Längsschnittuntersuchungen und somit keine Forschungsergebnisse zu chronischen Beanspruchungsfolgen gibt.
Bewusst auf den zeitlichen Faktor der Arbeitsbelastungen konzentrierte sich **Dr. Reiner Schölles** vom Institut für Interdisziplinäre Schulfor-schung Bremen. Er verwies in seinem Vortrag auf 40 Jahre Arbeitszeitforschung bei Lehrkräften und verglich drei Erhebungen aus 1958, 1972 und der letzten aus 1998: Danach sei die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 45 Stunden über einen drasti-schen Anstieg auf 54,3 zwar wieder abgesunken auf 47,3 Std., gleichzeitig sei sie aber in der Industrie kontinuierlich von 45,7 auf 37,6 Std. gefallen.

Dr. Schölles, Dr. Larisch, Monika de Graaff

Schölles erinnerte noch einmal daran, dass nur 40% der Lehrkräfte die Regelaltersgrenze erreichen, bis 2001 waren es sogar nur 9%. Allerdings seien die älter werdenden Lehrerinnen und Lehrer nicht gesünder geworden, sondern müssten seit der Versorgungsreform mit teilweise erheblichen Pensionsabschlägen rechnen. Schölles betonte, dass das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben mit dem Etikett „berufsunfähig" für jeden einzelnen eine Bankrotterklärung sei, dass es sich jedoch um kein persönliches Versagen handele, sondern um eine strukturelle Überforderung der Lehrkräfte!
Aber, so Schölles, sind die Lehrkräfte nicht nur Opfer, sondern auch Täter ihrer Überforderung.
Die Tatsache: „je höher die Absenkung in Teilzeit, umso höher der Arbeitsanteil" ist inzwischen hinlänglich bekannt. Deshalb forderte er dazu auf,

1 Anm. d. Verf.: Fluglotsen haben eine Wochenarbeitszeit von 25 Std. und gehen spätestens mit 55 Jahren in den Ruhestand!

den Dienstherren ernst zu nehmen und zu fragen, welche Aufgaben Lehrerinnen und Lehrer an ihrem Arbeitsplatz tatsächlich zu erledigen hätten.
Nach Festlegung des deutschen Bildungsrats, aus den Aufgabenbeschreibungen im Niedersächsischen Schulgesetz und der ArbZVO-Lehr, ergeben sich 8 Aufgabenbereiche: **Lehren, Erziehen, Beurteilen, Beraten, Innovieren, Beaufsichtigen, Verwalten, Dokumentieren**.
55 Einzelaufgaben hat Schölles daraus identifizieren können, von denen er nur 8 für die Berechnung der Arbeitszeit eines „Modelllehrers" ausgewählt hat:



Tortendiagramm nach Schölles

Diese Vollzeitlehrkraft arbeitet 26 Unterrichtsstunden pro Woche, in 5 Lerngruppen à 4 UStd. mit je 4 schriftlichen Lernkontrollen und in 3 Lerngruppen à 2 UStd. mit je 2 schriftlichen Lernkontrollen. Jede Lerngruppe hat 26 SchülerInnen.
Ausgehend von 1780 Jahresarbeitsstunden zeigt Schölles anhand einer Tortengrafik, wie sich bei einer 40-Stundenwoche die verbleibende Restarbeitszeit Stück für Stück nach Abzug der Arbeitsstunden für die jeweilige Aufgabe (s. Grafik) verringert. Die Aufnahme der Wegezeiten in die Berechnung begründet sich in einem Urteil des Hessischen VGH Kassel aus dem Jahr 2000. Ganz bewusst hat Schölles mit Minimalwerten z. B. für Korrekturzeiten von 15 Min. pro Arbeit, mit 2 Min. pro Schüler und Woche für die Dokumentation der Lernentwicklung oder ebenfalls mit 2 Min. für Beratung gerechnet. Trotz allem ergibt sich schlussendlich ein winziger Rest von nur 91 Jahresarbeitsstunden, in denen weitere fast 50 Aufgaben erledigt werden müssen. Darunter ist – mit Absicht - die noch nicht berücksichtigte Zeit für Unterrichtsvor- und -nachbereitung!
Das Modell soll aufzeigen, dass für die wichtigste aller Tätigkeiten neben dem Unterricht nämlich keine Zeit mehr bleibt, nimmt man auch nur einige der sonst noch vorgeschriebenen Aufgaben ernst. Wendet man das gesamte restliche Stundenkontingent dafür auf, bleiben bei 1040 Unterrichtsstunden ganze 5,25 Min. für jede einzelne Stunde übrig!
Fazit: Zu viele Aufgaben für zu wenig Zeit!
So stellt Schölles zum Ende seiner Berechnung zu Recht die rhetorische Frage: **„Welcher Qualitätsanspruch von Unterricht kann damit eingelöst werden?"** - und die sehr ernst gemeinte Frage: **„An welcher Stelle können Belastungen reduziert werden?"**
Um Möglichkeiten auszuloten und Lösungen näher zu kommen, standen beide Referenten auch in den nachmittäglichen Arbeitsgruppen zur Verfügung. Dabei blieben die Lösungsmöglichkeiten jedoch in beiden Workshops für einige Teilnehmer_innen hinter den Erwartungen zurück: Lösungsansätze im eigenen Verhaltensbereich helfen nur bedingt, wenn die Belastungsfaktoren auf struktureller Ebene, d.h. in den Rahmenbedingungen liegen. Personalräte können hier aktiv werden durch Einfordern der Gefährdungsbeurteilung, durch Anregung von kollektiven Belastungsanzeigen (z. B. Beschwerdewelle der Grundschulen) und die GEW muss unablässig ihre politischen Einwirkungsmöglichkeiten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen nutzen.
In einer weiteren Arbeitsgruppe am Nachmittag richtete sich **Grete Janssen vom GEW Bezirksvorstand Weser-Ems** an die älteren Lehrkräfte mit der Thematik „Wie schaffe ich die Schule mit 50+" Unter der Annahme, dass Schule und Unterricht zwar sehr viel Energie raubt, aber auch durchaus spendet, loteten die Teilnehmer_innen die eigene Energiebilanz aus. Dabei wurden Lösungsansätze thematisiert und die ein oder andere Teilnehmer_in möglicherweise zu einem GEW-Intensivseminar zur Thematik motiviert.

GEW am 1. Mai:

„Dabei sein“ ist wichtig! Kann das aber alles sein?

von Susanne Steffens-Frey

Der GEW-Kreisverband Oldenburg war bei der Kundgebung der DGB-Gewerkschaften auf dem Rathausmarkt in Oldenburg am 1. Mai dabei - zusammen mit den Gewerkschaften ver.di, IG BAU , IG BCE, IG Metall und NGG. Das Wetter spielte mit, die Musik sorgte für Stimmung und so lockten die Gewerkschaften zwischen mehreren hundert bis zu zeitweise mehr als eintausend Menschen auf den Platz.

Auch auf dem GEW-Stand war ein Kommen und Gehen. Stifte und andere Werbeartikel fanden ihre Abnehmer. Auch bei den ausliegenden Flyern wurde zugegriffen. Vielfältige Informationen rund um das Thema „Arbeitsbelastung“ warteten auf GEW-Mitglieder. An der Pinnwand fanden sich Infos zur GEW-Arbeitszeitstudie, zur Veranstaltung der Oldenburger GEW über die Arbeitsbelastung von Lehrkräften, am 19. Mai im PFL, sowie zu prekärer Beschäftigung an Hochschulen. Per Beamer sollten die seit Juli 2013 stetig laufenden GEW-Aktivitäten gegen Mehrarbeit und Abbau der Altersermäßigung gezeigt werden, ebenso Fotos von kreativen Aktionen von Oldenburger Schulen und von der Warnstreikkundgebung in Bremen am 12. März. Leider ließen sich die digitalen Fotos nur in einem relativ kleinen Format leidlich scharf per Beamer auf die Leinwand projizieren. Versuch macht klug: Beamerpräsentationen bei Tageslicht sind nur mit einem Spezialbeamer machbar.

Neben diesem technischen Problem lässt sich zudem nicht übersehen, dass sich Standbesucher für inhaltliche Themen mehr im Sinne des „Großen und Ganzen“ interessierten. Also: Gut, dass sich die GEW gegen Arbeitsüberlastung einsetzt. Gut, dass es so etwas wie die GEW-Arbeitszeitstudie gibt. Und toll, dass die GEW kreative Aktionen wie die Beschwerdewelle der Grundschulen und die Aktion „5 vor 12“ initiieren konnte. Detaillierte Infos wurden kaum nachgefragt und einzelne Fotos kaum angesehen. Bilder sind zwar wichtig. Aber eben nicht die einzelne Aktion an sich, sondern alle Bilder zusammen als Demonstration gewerkschaftlicher Aktivität.

Für die Planungen für das nächste Jahr ergeben sich aus den diesjährigen Beobachtungen zwei Fragen für mich:

1. Warum kommen nicht mehr GEW-Mitglieder?
2. Warum scheinen die, die kommen, sich nicht detaillierter informieren zu wollen?

Zur ersten Frage lässt sich zum Beispiel weiter überlegen:

Können wir nach dem „Tanz in den 1. Mai“ erwarten, dass die Leute am nächsten Tag morgens auf der Kundgebung zum 1. Mai erscheinen?

Können die Leute nicht von uns erwarten, dass wir ihnen Angebote machen, die auch ihre Familien einbeziehen? So, dass sie sich nicht entscheiden müssen: Entweder Mai-Kundgebung oder Familien-Ausflug.

Schön, dich hier zu treffen: Kollegialer Plausch am GEW-Stand

Die Lust am gemeinsamen Spiel:
Freude für Standbesucher und Zuschauer

Zur zweiten Frage lässt sich zum Beispiel weiter überlegen:
Können wir erwarten, dass die Leute sich an diesem Feiertag für Probleme am Arbeitsplatz und gewerkschaftlichen Kampf interessieren?
Oder ist es vielmehr die Aufgabe einer Gewerkschaft, ihren Mitgliedern an diesem Tag einen *gewerkschaftlichen* Rahmen zu bieten, in dem sie gemeinsam mit Kolleginnen und Familie entspannen und feiern können?
Wohlgemerkt: Kein Gewerkschafter / keine Gewerkschafterin braucht am 1. Mai die Gewerkschaft dazu, um persönliche Kontakte zu pflegen. Und: Geselligkeit ohne gewerkschaftliche Inhalte ist nicht Aufgabe und Sinn der Präsenz der GEW auf der Mai-Kundgebung. „Verknüpfung" scheint mir hier ein Zauberwort zu sein: Lasst uns beides miteinander verbinden: Das Bedürfnis nach Kontaktpflege und Geselligkeit mit den gewerkschaftlichen Inhalten.
Wie könnte das aussehen?
Vielleicht mit Mitmachangeboten zu GEW-Themen auf dem GEW-Stand, die gesellig sind und bei denen der Spaß am (gemeinsamen) Tun im Vordergrund steht, z. B. ein Quiz, Wettkämpfe, Geschicklichkeitsparcours. Da hätten vielleicht auch mehr GewerkschafterInnen Lust, ihre Familie mitzubringen. Der GEW-Kreisverband könnte gezielt Gruppen (KollegInnen-Teams, Fachgruppen-Teams, Freundesgruppen) zur Teilnahme an der Mai-Kundgebung aufrufen.
Eine andere Möglichkeit könnte sein, KollegInnen auf dem GEW-Stand ein Forum zu bieten, ihre eigenen gewerkschaftlichen Aktionen in Schule, Kita, Hochschule usw. darzustellen. Das bietet sich besonders für Beschäftigte an, die in einer aktuell laufenden Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern stecken, jetzt z. B. der Tarifkampf der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst des öffentlichen Dienstes der Kommunen. Sie könnten ein besonderes Interesse daran haben, die Öffentlichkeit über ihr Anliegen zu informieren.

Auf dass mehr GewerkschafterInnnen sich dafür begeistern können, bei einem geselligen Gewerkschaftstag mitzumischen!

Das Standteam der GEW mit dem Kreisvorstands-Vorsitzenden (2. v. l.) Heinz Bührmann. v. l.: Monika de Graaff, Elfie Feller, Ulfert Kaufmann, Susanne Steffens-Frey

Bildung und Solidarität

Stiftung der GEW Oldenburg-Stadt

Rechenschaftsbericht

vor der JahresHauptVersammlung am 23. Februar 2015

Seit der letzten JHV (Februar 2014) hat die Stiftung **9 Projekte** unterstützt:
„Partnerschaft schafft Energien“ (Südafrika-AG der Helene-Lange-Schule mit Partnerschule in Port Elizabeth) – 4**. Afrika-Tag *Undugu*** (Arbeitskreis Oldenburg – Afrika) – **Filmvorführung Alphabet** (Filmriss) – **Sinti/Roma Schularbeitshilfe** (Freundeskreis für Sinti und Roma in Oldenburg e.V.) - **Veranstaltung zur Umsetzung der Empfehlungen des *NSU-Untersuchungsausschusses*** (IBIS) - ***„Stress macht ver-rückt!“*** (JugendKulturArbeit) – **Theaterpädagogik-Fachkräfteaustausch mit Südafrika** (JugendKulturArbeit) - **Unterstützung des *18. JugendTheaterFestivals*** (MUTIK) – **Projekt *Fußball und Migration*** (Fußball für Alle e.V.) - **Veranstaltung zur Freiwirtschaftslehre von *Silvio Gesell*** (Oldenburger Rechtshilfe).
Dafür haben wir **2.800,00 €** aufgewendet – längst nicht so viel, wie die Projekte beantragt haben. Und deutlich mehr, als wir im vergangenen Jahr an Zinsen aus unserem Stiftungsvermögen eingenommen haben: wir zehrten letztmalig von den höheren Zinseinnahmen aus früheren Jahren. In den kommenden Jahren können wir zunächst nur noch mit Zinseinnahmen in der Größenordnung von hundert Euro rechnen. Wenn wir weiterhin als Unterstützer von förderungswürdigen Bildungs- und Kulturprojekten in Oldenburg präsent sein wollen, dann sind wir zunächst **voll auf eure Spenden angewiesen**, die auch bisher schon unseren Förderetat verbessert haben (2013: 800 €, 2014: 650 €). Wer unsere Stiftung mit Spenden fördert, kann diese Ausgaben steuermindernd geltend machen.
Voraussetzung unserer Förderung von Bildungsprojekten ist ausdrücklich nicht, dass lupenreine GEW-Positionen vertreten werden; unsere Unterstützung galt bisher einem breiten Spektrum linker und alternativer Positionen und Initiativen. Aber wir wollen nicht Förderer aggressiver Auseinandersetzungen innerhalb der Oldenburger linken und alternativen Szene sein, weil wir diese für unproduktiv halten und darin als Stiftung auch nicht Partei ergreifen werden – und bei der zuletzt genannten Veranstaltung ist das - ohne unser Wissen und Zutun - leider dennoch passiert. Wir erwarten von den Antragstellern Transparenz für die Ziele ihrer Vorhaben und wollen künftig vorsichtiger bei unseren Förderentscheidungen sein.
Wir – das ist der **Stiftungsvorstand**, der seit vier Jahren aus **Monika de Graaff**, **Axel Kleinschmidt** und **Hansjürgen Otto** besteht.

Unser Spendenkonto:
Stiftung Bildung und Solidarität
IBAN: DE73 2805 0100 0001 6479 32
BIC: BRLADE21LZO

Hier und auf der nächsten Seite findet Ihr einige Informationen über einige der geförderten Vorhaben:

JugendTheaterFestival

… wir freuen uns sehr, dass wir - wie in den vergangenen sechzehn Jahren - auch in diesem Jahr wieder das Festival *„Is‘ doch normal, ey!“* durchführen können. Am 26. Und 27. Mai werden Kinder und Jugendliche auf der Bühne der Oldenburger Kulturetage präsentieren, was sie im Laufe eines Jahres in ihrer Schule mit Unterstützung ihrer LehrerInnen und PädagogInnen, PraktikantInnen und Eltern erarbeitet haben. Vorgeführt werden Theaterstücke, Lieder, Schattenspiele oder Musicals. Wir freuen uns auf den gemeinsamen Austausch, das gemeinsame Lernen und eine schöne Feier. Wir bedanken uns für Ihre langjährige Unterstützung ...
Veranstalter: MUTIK e.V.

Verein für Musik, Theater, Integration & Kooperation
MUTiK

Ausstellung „Ballarbeit - Fußball und Migration“

Die Wanderausstellung *„BallArbeit“* des Projekts „Flutlicht“ ist für Jugendliche ab der 8. Klasse konzipiert und widmet sich gesellschaftlich relevanten Themenfeldern am Beispiel des Fußballs. In einfacher Sprache werden mit anschaulichen Beispielen Begriffe wie „Migration“, „Integration“, „Ausgrenzung & Rassismus“, „Gleichberechtigung“, „Konflikte & Mentalität“ und „Prävention im Sport“ veranschaulicht.
„BallArbeit“ ist für Menschen migrantischer und nichtmigrantischer Herkunft gleichermaßen geeignet. Die Motivation der Ausstellung ist pädagogisch und politisch: Es geht darum, ein Bewusstsein für Migration und ihre Folgen zu schaffen und positive Modelle vorzustellen. Jugendlichen soll „BallArbeit“ ermöglichen, sich über den Fußball schwierige Themen selbstständig zu erarbeiten und zum verantwortlichen Handeln anregen. Dabei produziert „BallArbeit“ keine “multikulturelle Romantik”,sondern zeigt, wo der Fußball eine Vorbildfunktion für Akzeptanz, Respekt und Toleranz haben kann. Aber auch die negativen Seiten des Fußballs werden benannt: Ausgrenzung, Vorurteile, Diskriminierung und Gewalt gegen Migranten. ...
Veranstalter: VfB für alle

Everyday Rebellion - Filmreihe mit Einführung

… 17.10.2014: Veranstaltung mit dem Film „Alphabet“: Der Film bildet den abschließenden dritten Teil einer kritischen Reihe zu den Auswirkungen weltweiter Wirtschafts- und Handelsbeziehungen unter dem Diktat globaler Konzerne, Banken und Think-Tanks. *„Alphabet“* macht deutlich, dass die mittlerweile bis nach China vorgedrungene „Pisa-Doktrin“ bei der Schulausbildung der Kinder normiertes technokratisches Denken vermittelt einen unmenschlichen Leistungsdruck zur Folge hat und den Kindern kreative Momente und Freude am Lernen austreibt. Gleichzeitig wurden alternative Ansätze vorgestellt. Die Veranstaltung war mit über 50 Gästen gut besucht, der Regisseur Erwin Wagenhofer ist für seine gut pointierten Dokumentarfilme bekannt. Der Film wurde anmoderiert, dabei kamen Zusammenhänge von kritischen Denkprozessen und der Überwindung eines scheinbar unverrückbaren gesellschaftlichen Status Quo zur Sprache.
24.10.2014: Filmveranstaltung mit dem titelgebenden Film *„Everyday Rebellion“*. Kurze Impulsanmoderation (39 Gäste). Der Film spürt die den unterschiedlichen Widerstandsbewegungen der letzten Jahre gemeinsame Empörung auf …
Veranstalter: FilmRiss e.V.

Schularbeitshilfe für Sinti und Romakinder und -Jugendliche

Für unsere Schularbeitshilfe für Sinti- und Romakinder und -Jugendliche beantragen wir eine finanzielle Unterstützung. Wir bieten regelmäßig Nachhilfe in Mathe, Deutsch und Geschichte sowie auch traditioneller Musik für acht Kinder und Jugendliche an. Dies wird 3 mal die Woche zwei bis drei Stunden von zwei Lehrerinnen angeleitet. Wir bitten zur Bezahlung der Aufwandsendschädigung um eine Spende.
Veranstalter: Freundeskreis für Sinti und Roma in Oldenburg e.V.

Stress macht ver-rückt?!

Über psychische Erkrankungen wird immer mehr gesprochen. Im Fernsehen, der Zeitung, vielleicht kennt jemand jemanden, der eine Depression hat. Aber was genau bedeutet das? Wie werden diese Krankheiten in den Medien dargestellt? Welches Vorwissen gibt es bereits über dieses Thema und was möchte man genauer wissen? Welche Themen beschäftigen die Jugendlichen besonders?
48,9% aller Frauen und 36,8% aller Männer leiden während ihres Lebens an einer psychischen Erkrankung. Aber wieso? Welche Faktoren haben Einfluss darauf, ob jemand krank wird oder nicht? Verschiedene Formen von Stress (in der Jugend) zum Beispiel Leistungsdruck oder Mobbing können krank machen. Aber es gibt auch Faktoren, die einen davor schützen wie zum Beispiel Strategien zur Stressbewältigung oder ein gutes soziales Netz (Freunde, Verwandte, Vereine...). Wie kann man erste Anzeichen von psychischen Krankheiten erkennen und verstehen? Und wie geht man dann damit um? Und wo ist überhaupt die Grenze zwischen krank und gesund?
In diesem Projekt werden sich die Jugendlichen - angeleitet von Psychologen_innen und Theaterpädagogen_innen - gemeinsam mit diesen Themen auseinandersetzen und sie mit Hilfe von darstellerischen/künstlerischen Mitteln (z.B. Theater, Musik, Bewegung, Fotografie, Film) anderen nahebringen. Das Projekt wird als Modellprojekt in Kooperation mit dem Jahrgang 11 der Fachoberschule Gestaltung entwickelt und ist danach in modifizierter Form auch an anderen Schulen durchführbar. Die Projektergebnisse werden dokumentiert.
Veranstalter: JugendKulturArbeit

Kreisvorstand GEW Oldenburg-Stadt

Stand: Mai 2015

Vorsitzende

Heinz **Bührmann**	Alte Gärtnerei 6 26123 Oldenburg	0441- 36 14 89 19 heinz57gew@ewetel.net	**Vorsitzender**
Sabine **Nier**	Wittingsbrook 19 26127 Oldenburg	0441- 682398 sabnier@gmx.de	**Schatzmeisterin**

Weitere Mitarbeit

Elfie **Feller**	Eichendorffstr. 12b 26131 Oldenburg	0441-7775757 elfie-feller@gmx.net	
Monika **de Graaff**	Am Tennispark 5 26127 Oldenburg	0441-71546 - Fax 0441-5702223 m.degraaff@t-online.de	
Eva **Bensch**	Schulstr. 107 26180 Rastede	eva.bensch@ewetel.net	**FG Senioren**
Rolf **Heidenreich**	Am Tannenkamp 14 26935 Stadtland	04732-921070 rolf_heidenreich@web.de	
Silke **Lühmann**	Weskampstraße 24 26121 Oldenburg	0441- 88 47 61 silke.luehmann@t-online.de	**FG Sonderschulen**
Helmut **Morgenbrodt**	Am Heyengraben 2 26133 Oldenburg	0441- 204058 jackmorgenbrodt@web.de	
Hansjürgen **Otto**	Uhlhornsweg 41 26129 Oldenburg	0441-7 47 01 hansjuergen.otto@t-online.de	**PaedOL**
Rita **Vogt**	An der Beiche 25 26180 Rastede	04402-869921 vogt.rita@ewe.net	**FG nichtlehrendes Personal**
Susanne **Steffens-Frey**	Am Deich 42 26676 Barßel	steffens.p@t-online.de	**DGB-Kontakt**
Frédéric **Falkenhagen**	An den Sielen 2d 27804 Berne	frederic.falkenhagen@uni-oldenburg.de	**Uni-Kontakt**

Büro

Merle **Bührmann**	Staugraben 4a 26122 Oldenburg	0441-9 57 28 45 Fax: 248 8004 info@gew-oldenburg.de	**Verwaltung** Mittwoch und Donnerstag 15-18 Uhr (während der Schulferien nicht besetzt!)

Vorstand „Bildung und Solidarität“ Stiftung der GEW Oldenburg-Stadt

Hansjürgen **Otto**	Uhlhornsweg 41 26129 Oldenburg	0441- 7 47 01 hansjuergen.otto@t-online.de	**Sprecher**
Monika **de Graaff**	Am Tennispark 5 26127 Oldenburg	0441-71546 - Fax 0441-5702223 m.degraaff@t-online.de	
Axel **Kleinschmidt**	Graf-Spee-Str. 44 26123 Oldenburg	0441- 9694994 axel.kleinschmidt@uni-oldenburg.de	

Der Kreisvorstand tagt monatlich außerhalb der Schulferien. Termin und Ort der Sitzungen werden auf der Homepage des Kreisverbandes bekannt gegeben:

www.gew-oldenburg.de

Die Sitzungen sind öffentlich!

INFOPOST
Ein Service der Deutschen Post

GEW-Kreisverband
Staugraben 4a
26122 Oldenburg

Arbeitszeitstudie der GEW startet

Seit 13. April protokollieren mehrere tausend Lehrer im Land ihre Arbeitszeit minutengenau - **9 Schulen aus der Stadt Oldenburg sind dabei**.

Mit dem Ende der Osterferien startete eine landesweite Studie zur Erfassung der Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer in Niedersachsen an über 260 Schulen aller Schulformen ...

Aus der Stadt Oldenburg nehmen neun Schulen der Schulformen Grundschule, Oberschule, Gymnasium und Integrierte Gesamteschule daran teil, was der Kreisvorstand der GEW-Oldenburg-Stadt mit Freude zur Kenntnis nimmt. Somit tragen die Oldenburger Kolleginnen und Kollegen mit dazu bei, dass viele verschiedene Schulen aus den unterschiedlichen Regionen des Landes berücksichtigt und die Ergebnisse auf eine breite Basis gestellt werden. Gleichzeitig erhalten die Lehrkräfte eine persönliche Übersicht über ihre zeitlichen Belastungen. „Da kommen bestimmt spannende, interessante und beeindruckende Ergebnisse heraus, welche das Kultusministerium nicht unbeachtet werden lassen kann“, erwartet der Kreisvorstand. Die GEW Niedersachsen ist die Auftraggeberin der Studie, die von der Universität Göttingen durchgeführt wird.

Ausgangspunkt für die Erstellung der Studie war die Entscheidung der rot-grünen Landesregierung, zum 1. August 2014 die versprochene Altersermäßigung von einer Unterrichtsstunde für Lehrer über 55 Jahren zu streichen und die Unterrichtsverpflichtung an Gymnasien um eine Stunde zu erhöhen. Die GEW steht seit der Ankündigung dieser Zusatzarbeit in Auseinandersetzungen mit der Regierung. Ziel der Studie ist nun eine exakte Erfassung der geleisteten Arbeit über ein ganzes Schuljahr hinweg. Die Studie endet mit den Osterferien 2016, die Ergebnisse werden zu den Sommerferien 2016 präsentiert.

Der Kreisvorstand der GEW Oldenburg-Stadt wünscht allen beteiligten Schulen … gutes Gelingen und Durchhaltevermögen.

Impressum

Herausgeber_in: GEW Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverband Oldenburg-Stadt
Staugraben 4a, 26122 Oldenburg, Tel. 0441/957 28 45
info@gew-oldenburg.de
Redaktion: Hansjürgen Otto
Gestaltung: Hansjürgen Otto und Gegendruck
V.i.S.d.P.: Hansjürgen Otto,Uhlhornsweg 41, 26129 Oldenburg
Druck: Gegendruck
Auflage: 1.600
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.